Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1476 (neu)

22. 05. 95

Sachgebiet 63

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 12/8537 Nr. 14, 13/725 Nr. 82 –

Vorschlag zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften
– Kom (94)338 endg. 94/0144 (CNS) –
»Rats-Dok. Nr. 8778/94«

A. Problem

Durch den Beschluß des Rates und des Parlaments über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration wurde ein neuer wettbewerbsorientierter Ansatz für die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) eingeführt.

Dieser neue wettbewerbsorientierte Ansatz der GFS erfordert Änderungen der Finanz- und Haushaltsvorschriften für die GFS. Mit dem vorliegenden Vorschlag zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaft kommt die Kommission der Aufforderung des Rates nach, ihm unverzüglich nach der Annahme des Rahmenprogramms Vorschläge zur Änderung der bestehenden Vorschriften vorzulegen, damit die GFS ab dem 1. Januar 1995, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens ihrer spezifischen Programme, effektiv in der Lage ist, das neue wettbewerbsorientierte Konzept umzusetzen.

B. Lösung

Die geltende Haushaltsordnung enthält in Titel VII Sonderbestimmungen für die Mittel für Forschung und technologische Entwicklung. Diese Bestimmungen müssen an die Entscheidung des Rates über das vierte Forschungsrahmenprogramm angepaßt werden. Dies gilt insbesondere für die Änderungen der Artikel 92

und 96. Gegen die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen zu Artikel 95 bestehen dahin gehend Bedenken, ob diese weitgehenden Änderungen eine zwangsläufige Folge aus dem wettbewerbsorientierten Ansatz der GFS sind. Nach der geltenden Rechtslage darf die Kommission durch Mittelübertragung von Kapitel zu Kapitel autonom die Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen des ursprünglichen Haushaltsansatzes für jedes der in Artikel 92 Abs. 1 Buchstabe a genannten Programme um höchstens 15 v. H. erhöhen oder verringern (für die exploratorische Forschung um 5 v. H.).

Mit dem Änderungsvorschlag will die Kommission zum einen eine Erweiterung des autonomen Rechts Mittelübertragungen auch von Titel zu Titel statt wie bisher nur von Kapitel zu Kapitel vornehmen zu dürfen und zum anderen eine Erhöhung des dafür vorgesehenen Prozentsatzes von 15 v. H. auf 22 v. H. (für exploratorische Forschung von 5 v. H. auf 6 v. H.). Außerdem schlägt sie vor, die Limitierung ihrer Mittelübertragungsbefugnis bei den Zahlungsermächtigungen ganz zu streichen.

Gegen den von der Kommission vorgelegten Vorschlag einer Erhöhung der Übertragungsbefugnis von 15 v. H. auf 22 v. H. bestehen Bedenken. Eine unlimitierte Übertragungsbefugnis bei den Zahlungsermächtigungen wird schon im Hinblick auf eine Präjudizwirkung hinsichtlich der übrigen Haushaltsbereiche abgelehnt.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird gebeten, bei den Verhandlungen über den Vorschlag der Kommission zur Änderung der Haushaltsordnung nachfolgende Ziele zu verfolgen:

- Ablehnung der im Vorschlag der Kommission vorgesehenen unlimitierten Übertragungsbefugnis bei den Zahlungsermächtigungen und
- Aufforderung der Kommission zur Darlegung sachlicher Beweise für die Notwendigkeit einer Erhöhung ihrer Übertragungsbefugnis von derzeit 15 v. H. auf 22 v. H.

Bonn, den 17. Mai 1995

Der Haushaltsausschuß

Kurt J. Rossmanith	**Karl Diller**	**Wilfried Seibel**
Stellv. Vorsitzender	Berichterstatter	

KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

KOM(94) 338 endg.
Brüssel, den 22.07.1994

94/0144 (CNS)

Ratsdok. Nr. 8778/94

Vorschlag für eine

VERORDNUNG (EG, EGKS, Euratom) DES RATES

zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften

(Vorlage der Kommission)

BEGRÜNDUNG

1. Durch den Beschluß des Rates und des Parlaments über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration wurde ein neuer wettbewerbsorientierter Ansatz für die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) eingeführt, der in einer einseitigen Erklärung des Rates zur Rolle der GFS näher erläutert wird.

   Außerdem ist die Beteiligung der GFS an den spezifischen FTE-Programmen auf wettbewerblicher Grundlage in dem Entwurf einer Entscheidung des Rates über Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an spezifischen FTE-Programmen geregelt, zu dem der Rat "Forschung" am 27. Juni 1994 einen gemeinsamen Standpunkt festgelegt hat.

   Diesem neuen Ansatz zufolge soll die GFS allmählich mit den anderen einzelstaatlichen und internationalen Forschungseinrichtungen und Laboratorien in Wettbewerb treten und sich auf wettbewerblicher Grundlage die Mittel zur Finanzierung eines Teils ihrer Tätigkeiten verschaffen.

   Im Vierten Rahmenprogramm werden der GFS Mittel für die Durchführung der direkten Aktionen zugewiesen; dabei handelt es sich zum einen um FuE-Programme und zum anderen um wissenschaftliche und technische Unterstützungstätigkeiten, die zur Durchführung der Gemeinschaftspolitiken erforderlich sind und die Neutralität und Unabhängigkeit der GFS verlangen.

   Das Vierte Rahmenprogramm sieht ferner vor, daß die GFS allmählich in den Wettbewerb um die Mittel eintritt, die im Rahmen der indirekten Aktionen und für wettbewerbsorientierte wissenschaftliche und technische Unterstützungstätigkeiten zur Verfügung stehen.

   Außerdem wurde durch das Vierte Rahmenprogramm eine neue Art von Aktionen eingeführt, und zwar handelt es sich um wettbewerbsorientierte Unterstützungstätigkeiten. Diese wissenschaftlichen und technischen Unterstützungstätigkeiten unterliegen einem wettbewerbsorientierten Konzept, denn sie sollen zwar einen Bedarf decken, der sich aus der Durchführung der Gemeinschaftspolitiken ergibt, sie erfordern aber nicht die Neutralität der Gemeinschaftsorgane. Sie können daher von der GFS ebenso wie von anderen Forschungseinrichtungen durchgeführt werden. Die entsprechenden Aufträge werden von den für die jeweiligen Gemeinschaftspolitiken zuständigen Generaldirektionen nach wettbewerbsorientierten Kriterien vergeben.

Wie aus der Erklärung des Rates deutlich hervorgeht ist, sind nunmehr dreierlei Arten von Tätigkeiten der GFS zu unterscheiden:

a) Institutionelle Tätigkeiten im Bereich der Forschung und der wissenschaftlichen und technischen Unterstützung, die vollständig aus den in den Rahmenprogrammen vorgesehenen Haushaltsmitteln finanziert werden;

b) wettbewerbsorientierte Tätigkeiten innerhalb des Rahmenprogramms:

- Die GFS beteiligt sich zusammen mit Partnern in den Mitgliedstaaten an den Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für indirekte Aktionen;
- die GFS beteiligt sich auf wettbewerblicher Grundlage auch an wissenschaftlichen und technischen Unterstützungstätigkeiten, für die die Aufträge nach den einschlägigen Bestimmungen der Haushaltsordnung vergeben werden;

c) wettbewerbsorientierte Tätigkeiten aller Art außerhalb des Rahmenprogramms. Die GFS kann u.a. im Rahmen verschiedener Gemeinschaftsaktionen wie PHARE, TACIS, Entwicklungshilfe usw. auf wettbewerblicher Grundlage Mittel zur Finanzierung von wissenschaftlichen und technischen Arbeiten beanspruchen. Die Arbeiten für Rechnung Dritter werden fortgesetzt; sie fügen sich ebenfalls in diese Art von Tätigkeiten ein.

2. Der neue wettbewerbsorientierte Ansatz der GFS erfordert tiefgreifende Änderungen der Finanz- und Haushaltsvorschriften für die GFS. Der Rat hat die Kommission im übrigen aufgefordert, ihm unverzüglich nach der Annahme des Rahmenprogramms Vorschläge zur Änderung der bestehenden Vorschriften vorzulegen, damit die GFS ab dem 1. Januar 1995, Zeitpunkt des Inkrafttretens ihrer spezifischen Programme, effektiv in der Lage ist, das neue wettbewerbsorientierte Konzept umzusetzen.

Wie der Rat und das Parlament bekräftigt haben, soll die GFS als Dienststelle der Kommission ihre institutionelle Funktion sowohl im Rahmen der gemeinschaftlichen Forschungspolitik als auch im Bereich der übrigen Gemeinschaftspolitiken weiterhin wahrnehmen. Mit den an der Haushaltsordnung vorzunehmenden Änderungen soll allen diesen Erfordernissen Rechnung getragen und der GFS ein Spielraum bei ihrer Haushaltsführung eingeräumt werden, der gewährleistet, daß sie über dieselbe Flexibilität und Effizienz verfügt wie die einzelstaatlichen Forschungseinrichtungen und Laboratorien, mit denen sie in Wettbewerb treten soll.

3. Im einzelnen werden folgende Änderungen vorgeschlagen:

a) Änderung von Artikel 92 der Haushaltsordnung, um den neuen wettbewerbsorientierten Tätigkeiten der GFS Rechnung zu tragen.

b) Änderung von Artikel 95 der Haushaltsordnung, um eine größere Flexibilität bei den Mittelübertragungen zu erzielen.

Es wird vorgeschlagen, die Prozentsätze für die Erhöhung bzw. Verringerung des ursprünglichen Mittelansatzes zu aktualisieren, die eine Obergrenze für die Mittelübertragungen darstellen. Mit den vorgeschlagenen Prozentsätzen - 22 % und 6 % - kann dem vom Rat festgesetzten Ziel besser Rechnung getragen werden.

Außerdem wird vorgeschlagen, die Bezugnahme auf die Zahlungsermächtigungen zu streichen; diese Maßnahme war von der Kommission bereits bei der Änderung der Haushaltsordnung im Jahr 1990 vorgeschlagen worden, und zwar nicht nur für die Forschungsmittel, sondern generell für alle Zahlungsermächtigungen im Bereich der getrennten Mittel. Im Interesse einer Vereinfachung und Rationalisierung - aber auch der Effizienz und der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung - hatte die Kommission vorgeschlagen, daß sie selbst über alle Übertragungen von Zahlungsermächtigungen im Bereich der getrennten Mittel entscheidet. Es wurde nämlich darauf hingewiesen, daß "diese Mittelübertragungen keine politische Bedeutung [haben], da die wahre Dimension der Gemeinschaftsbeteiligung in den Mittelbindungen zum Ausdruck kommt. Ihr Zweck ist lediglich eine Anpassung der zwangsläufig recht ungenauen Vorausschätzungen an die Entwicklung der Kassenmittel, die für die fälligen Zahlungen benötigt werden. Angesichts der schwerfälligen, langwierigen und kostspieligen Verfahren ist es daher überflüssig, diese Mittelübertragungen von der Haushaltsbehörde genehmigen zu lassen."

Dieses Konzept, das vom Rat bei der Änderung der Haushaltsordnung im Jahr 1990 nicht befolgt worden war, kommt nun angesichts der neuen Tätigkeiten der GFS zum Tragen.

Außerdem wird vorgeschlagen, daß diese spezifische Abweichung auch für die Personalmittel gilt (Streichung von Absatz 3): Dies ist notwendig, damit die Gehälter für das bei der GFS beschäftigte Personal gewährleistet werden können.

c) Änderung von Artikel 96, um die Mittel für wettbewerbsorientierte Aktionen Einnahmen aus Dienstleistungen für Dritte im Sinne der Absätze 1 und 2 dieses Artikels gleichzustellen.

Auf diese Weise wird diesen Einnahmen eine gesonderte buchungstechnische Behandlung eingeräumt und somit eine vollkommene Transparenz gewährleistet, da die Konten die verschiedenen Arten von Tätigkeiten der GFS widerspiegeln sollen.

VORSCHLAG FÜR EINE

VERORDNUNG (EG, EGKS, Euratom) DES RATES
zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977
für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere auf Artikel 78 h,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 209,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 183,

auf Vorschlag der Kommission[2],

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments[3],

nach Stellungnahme des Rechnungshofs[4],

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die in der gemeinsamen Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 4. März 1975[5] vorgesehene Konzertierung hat in einem Konzertierungsausschuß stattgefunden.

Mit dem durch Beschluß des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.4.1994 aufgestellten Vierten Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1994-1998)[6] wurde ein neuer wettbewerbsorientierter Ansatz für die Gemeinsame Forschungsstelle eingeführt. Danach soll die GFS unter anderem allmählich mit anderen Einrichtungen in Wettbewerb treten, um bestimmte Vorhaben zu verwirklichen, die aus Mitteln des Gesamthaushaltsplans innerhalb des besonderen Teileinzelplans im Sinne von Artikel 92 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan[7] oder außerhalb desselben finanziert werden. Infolgedessen muß die Haushaltsordnung angepaßt werden, um diesem wettbewerbsorientierten Ansatz Rechnung zu tragen.

---

2 ABl.Nr. L...
3 ABl. Nr. L...
4 ABl. Nr. L...
5 ABl. Nr. C 89 vom 22.4.1975, S. 1.
6 ABl. Nr. L.126 vom 19. Mai 1994, S. 1.
7 ABl. Nr. L 356 vom 31.12.1977, zuletzt geändert durch die Verordnung des Rates Nr. 610/90 vom 13.3.1990 (ABl. Nr. L 70 vom 16.3.1990).

Der neue wettbewerbsorientierte Ansatz macht Änderungen bestimmter Vorschriften der Haushaltsordnung erforderlich, damit die GFS über eine größere Flexibilität bei der Bewirtschaftung ihrer Mittel verfügen und somit dem Wettbewerb anderer gleichartiger Einrichtungen wirksam begegnen kann.

Hierzu ist der Kommission im Bereich der Mittelübertragungen, einschließlich Übertragungen bei den Personalmitteln, eine größere Autonomie einzuräumen.

Es ist zweckmäßig, die auf wettbewerblicher Grundlage erlangten Mittel Einnahmen aus Dienstleistungen für Dritte gleichzustellen, um für diese Vorgänge eine vollkommene buchmäßige Transparenz zu gewährleisten -

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Haushaltsordnung wird wie folgt geändert:

1. Artikel 92 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

      "a) direkte Aktionen, bestehend aus Forschungsprogrammen und Tätigkeiten im Bereich der exploratorischen Forschung und der wissenschaftlichen und technischen Unterstützung institutioneller Art, die in den Forschungsanstalten der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) durchgeführt und grundsätzlich vollständig aus dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften finanziert werden;"

   b) Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

      "b) indirekte Aktionen, bestehend aus Programmen, die im Rahmen von mit Dritten zu schließenden Verträgen durchgeführt werden. Die GFS kann sich an diesen Aktionen auf derselben Grundlage beteiligen wie Dritte. Diese Tätigkeiten werden grundsätzlich teilweise aus dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften finanziert (Aktionen auf Kostenteilungsbasis);"

   c) Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe e erhält folgende Fassung:

      "e) sonstige wettbewerbsorientierte Tätigkeiten der GFS:

         - wissenschaftliche und technische Unterstützungstätigkeiten in den FTE-Rahmenprogrammen, die grundsätzlich vollständig aus dem Gesamthaushaltsplan finanziert werden;

         - Tätigkeiten für Rechnung Dritter."

d) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz angefügt:

"(3) Abweichend von Absatz 1 kann die GFS außerhalb des in Absatz 1 genannten Teileinzelplans eingesetzte Mittel erhalten, und zwar im Rahmen ihrer Beteiligung auf wettbewerblicher Grundlage an den Aktionen zur Durchführung der Gemeinschaftspolitiken, die grundsätzlich vollständig aus dem Gesamthaushaltsplan finanziert werden."

2. Artikel 95 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"Abweichend von Artikel 26 und unbeschadet von Artikel 26 Absatz 7 kann die Kommission innerhalb des Teileinzelplans im Sinne von Artikel 92 Mittelübertragungen von Titel zu Titel und von Kapitel zu Kapitel für die Aktionen gemäß Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe a."

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"Durch diese Mittelübertragungen dürfen sich die Verpflichtungsermächtigungen des ursprünglichen Haushaltsansatzes für jedes der in Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe a genannten Programme, mit Ausnahme der exploratorischen Forschung, um höchstens 22 % erhöhen oder verringern. Für die exploratorische Forschung dürfen sich dadurch die Verpflichtungsermächtigungen um höchstens 6 % der für sämtliche genannten Programme ursprünglich veranschlagten Mittel erhöhen."

c) Absatz 3 wird gestrichen.

d) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

"Im Sinne des Artikels 26 gelten die Haushaltslinien für die Aktionen gemäß Artikel 92 Absatz 1 Buchstaben b (ausgenommen die Beteiligung der GFS), c und d als Kapitel."

3. In Artikel 96 wird nach Absatz 3 folgender Absatz angefügt:

"(4) Die Mittel für die Aktionen im Sinne von Artikel 92 Absatz 1 Buchstaben b - soweit die Beteiligung der GFS auf wettbewerblicher Grundlage betroffen ist -, e und Absatz 3 werden Einnahmen aus Dienstleistungen für Dritte gemäß den Absätzen 1 und 2 gleichgestellt."

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Sie gilt ab ....

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am

Im Namen des Rates

Der Präsident

ANNEXE

Juin 1994

Règlement financier applicable au Budget général des Communautés européennes

TITRE VII

DISPOSITIONS PARTICULIERES APPLICABLES AUX CREDITS DE RECHERCHE ET DE DEVELOPPEMENT TECHNOLOGIQUE

**TABLEAU SYNOPTIQUE
COMPARANT LE TEXTE ACTUEL AVEC
LE NOUVEAU TEXTE PROPOSE**

TEXTE ACTUEL	PROPOSITION DE MODIFICATION	REMARQUES
TITRE VII **DISPOSITIONS PARTICULIERES APPLICABLES AUX CREDITS DE RECHERCHE ET DE DEVELOPPEMENT TECHNOLOGIQUE**	**TITRE VII** **DISPOSITIONS PARTICULIERES APPLICABLES AUX CREDITS DE RECHERCHE ET DE DEVELOPPEMENT TECHNOLOGIQUE**	
Article 91 Les dispositions des titres I à VI et XII s'appliquent aux crédits de recherche et de développement technologique inscrits à la sous-section particulière visée à l'article 92, sauf dérogations prévues au présent titre.	**Article 91** (*) Les dispositions des titres I à VI, du titre XI et de la partie III s'appliquent aux crédits de recherche et de développement technologique inscrits à la sous-section particulière visée à l'article 92, sauf dérogations prévues au présent titre.	
Article 92 1. Les crédits relatifs aux activités visées au présent titre sont inscrits dans une sous-section particulière de la partie B de la section de la Commission.	**Article 92** 1. inchangé	
Cette sous-section comprend les crédits destinés à la réalisation des objectifs de recherche et de développement technologique par l'exécution des actions suivantes:	inchangé	
a) actions directes, qui consistent en des programmes de recherches exécutés dans les établissements du Centre commun de recherche (CCR) et financés en principe intégralement par le budget général des Communautés;	a) actions directes, qui consistent en des programmes de recherche et des activités de recherche exploratoire et de soutien scientifique et technique de nature institutionnelle exécutés dans les établissements du Centre commun de Recherche (CCR) et financés en principe intégralement par le budget général des Communautés;	a) regroupement des actions directes budgétisées dans la sous-section RDT pour le compte du CCR: - activités antérieures y inclus recherche exploratoire (ex art. 92 1. e)) - activités nouvelles de soutien S/T de nature institutionnelle
b) actions indirectes, qui consistent en des programmes exécutés dans le cadre de contrats à conclure avec des tiers et financés en principe partiellement par le budget général des Communautés (actions à frais partagés);	b) actions indirectes, qui consistent en des programmes exécutés dans le cadre de contrats à conclure avec des tiers. Le CCR peut participer à ces actions sur la même base que les tiers. Ces activités sont financées en principe partiellement par le budget général des Communautés (actions à frais partagés);	b) ajout pour tenir compte de la participation du CCR aux activités AFP du programme-cadre (base concurrentielle).
c) actions concertées, qui consistent en des efforts entrepris par la Communauté en vue de coordonner les actions individuelles de recherche qui sont menées dans les États membres et pour lesquelles seules les dépenses ayant un caractère administratif sont financées par le budget général des Communautés;	c) inchangé	

(*) cf. "1er train" de modification du R.F.

TEXTE ACTUEL	PROPOSITION DE MODIFICATION	REMARQUES
(article 92 - suite)	(article 92 - suite)	
d) participations financières éventuelles de la Communauté à des programmes complémentaires conformément aux dispositions de l'article 130 L du traité CEE, ou à des programmes de recherche et de développement entrepris par plusieurs États membres, y compris la participation aux structures créées pour l'exécution de ces programmes, conformément aux dispositions de l'article 130 M du traité CEE, ou des actions de coopération avec des pays tiers ou des organisations internationales telles que prévues à l'article 130 N du traité CEE, ou la participation aux entreprises communes prévues à l'article 130 O du traité CEE;	(*) d) participations financières éventuelles de la Communauté à des programmes complémentaires conformément aux dispositions de l'article 130 K du traité CE ou à des programmes de recherche et de développement entrepris par plusieurs Etats membres, y compris la participation aux structures créées pour l'exécution de ces programmes, conformément aux dispositions de l'article 130 L du traité CE, ou des actions de coopération avec des pays tiers ou des organisations internationales telles que prévues à l'article 130 M du Traité CE, ou la participation aux entreprises communes prévues à l'article 130 N du traité CE;	(*) actualisation Maastricht
e) autres activités menées par le CCR, telles que recherche exploratoire, travaux de support scientifique et technique à la Commission, activités pour le compte de tiers.	e) autres activités de nature concurrentielle menées par le CCR : - activités de soutien scientifique et technique dans les programmes-cadres RDT, financées en principe intégralement par le budget général; - activités pour le compte de tiers.	e) suppression de la référence aux travaux S/T à la Commission (ancien régime) - ajout pour tenir compte des activités de soutien S/T hors AFP dans le programme-cadre (base concurrentielle). - déplacement de la recherche exploratoire à l'art. 92 1.a)
2. L'inscription des crédits de cette sous-section fait apparaître, de façon distincte, les crédits consacrés à la réalisation des actions prévues au «programme-cadre des activités de recherche et de développement technologique (RDT)».	2. inchangé	
	3. Par dérogation au paragraphe 1, le CCR peut recevoir des crédits inscrits en dehors de la sous-section visée à ce paragraphe dans le cadre de sa participation sur base concurrentielle aux actions mises en oeuvre au titre des politiques communautaires financées, en principe, intégralement par le budget général.	3. Ajout pour relever la possibilité pour le CCR de participer (sur base concurrentielle) aux activités de soutien S/T des autres politiques communautaires (hors sous-section RDT du budget).

(*) cf. "1er train" de modification du R.F.

TEXTE ACTUEL	PROPOSITION DE MODIFICATION	REMARQUES
Article 93 1. La nomenclature de la sous-section particulière visée à l'article 92 est établie en fonction de la destination des dépenses telle qu'elle résulte de la réalisation des objectifs de recherche et de développement technologique ou des autres activités visées audit article. Les commentaires appropriés pour chaque subdivision font en outre apparaître: — les effectifs autorisés pour l'exercice en cours, — les indications relatives à des programmes complémentaires, à des programmes entrepris par plusieurs États membres, à la coopération avec des pays tiers ou organisations internationales précisant la participation financière éventuelle de la Communauté. 2. Toutefois, pour ce qui concerne le Centre commun de recherche, les crédits de personnel sont inscrits de manière distincte dans un seul chapitre.	Article 93 inchangé	
Article 94 À la sous-section particulière visée à l'article 92, sont annexés: — un tableau de correspondance comportant la ventilation des crédits ouverts à la sous-section, à la fois par destination et par nature de dépenses, telle que définie dans les modalités d'exécution prévues à l'article 126. Pour les besoins de la gestion, la Commission peut créer des comptes d'affectation correspondant aux moyens de réalisation, — un échéancier indicatif des engagements et des paiements, montrant le rythme prévu pour l'utilisation des crédits d'engagement et des crédits de paiement correspondants. L'échéancier est sujet à révision annuelle.	Article 94 inchangé	

TEXTE ACTUEL	PROPOSITION DE MODIFICATION	REMARQUES
Article 95	Article 95	
Par dérogation à l'article 26, la Commission peut procéder, à l'intérieur de la sous-section visée à l'article 92, à des virements de chapitre à chapitre concernant les actions visées à l'article 92 paragraphe 1 point a) et la recherche exploratoire visée à l'article 92 paragraphe 1 point e) pour autant qu'elles relèvent du programme-cadre.	Par dérogation à l'article 26 et sans préjudice du paragraphe 7 de celui-ci, la Commission peut procéder, à l'intérieur de la sous-section visée à l'article 92, à des virements de titre à titre et de chapitre à chapitre concernant les actions visées à l'article 92, paragraphe 1, point a).	
Ces virements ne peuvent avoir pour effet d'augmenter ou de diminuer de plus de 15 % en crédits d'engagement et en crédits de paiement la dotation primitive inscrite dans le budget pour chacun des programmes visés à l'article 92 paragraphe 1 point a). Ils ne peuvent avoir pour effet d'augmenter les crédits relatifs à la «recherche exploratoire» de plus de 5 % en crédits d'engagement et en crédits de paiement de la dotation primitive inscrite pour l'ensemble des programmes cités ci-dessus.	Ces virements ne peuvent avoir pour effet d'augmenter ou de diminuer de plus de 22 % en crédits d'engagement xxx la dotation primitive inscrite dans le budget pour chacun des programmes visés à l'article 92 paragraphe 1 point a) hors recherche exploratoire. Ils ne peuvent avoir pour effet d'augmenter les crédits relatifs à la "recherche exploratoire" de plus de 6 % en crédits d'engagement xxx de la dotation primitive inscrite pour l'ensemble des programmes cités ci-dessus.	- 1er et 2ème alinéas: adaptation à la nouvelle référence de la recherche exploratoire (art. 92 § 1 a) - mise à jour des pourcentages - suppression de la référence aux crédits de paiement
Les crédits de personnel du CCR ne sont pas concernés par cette disposition particulière.	supprimé	3ème alinéa: suppression pour permettre l'application des alinéas 1 et 2 aux crédits de personnel.
Pour l'application de l'article 26, les lignes budgétaires concernant les actions visées à l'article 92 paragraphe 1 points b), c) et d) sont considérées comme des chapitres.	Pour l'application de l'article 26, les lignes budgétaires concernant les actions visées à l'article 92, paragraphe 1, points b) (excluant la participation du CCR), c) et d) sont considérées comme des chapitres.	4ème alinéa: adaptation suite à la modification de l'art. 92 § 1 b).

TEXTE ACTUEL	PROPOSITION DE MODIFICATION	REMARQUES
Article 96	Article 96	
1. La Commission peut effectuer des prestations pour tiers, conformément aux commentaires budgétaires des chapitres et articles concernés. Par dérogation à l'article 5, les recettes y relatives peuvent donner lieu à l'ouverture de crédits supplémentaires: — en engagements, à concurrence du montant des remboursements prévus dans les contrats conclus avec les tiers demandeurs, — en paiements, à concurrence des droits constatés de ces remboursements.	1. inchangé	
2. Par dérogation à l'article 7 paragraphe 2, les crédits supplémentaires sont maintenus jusqu'à leur annulation par la voie du compte de gestion.	2. inchangé	
3. Lorsque les dispositions figurant dans les commentaires budgétaires prévoient une procédure de remboursement en faveur du budget général pour certaines catégories de dépenses, ces remboursements sont imputés à l'état des recettes, conformément aux modalités d'exécution, sur les lignes spécifiques ouvertes à cette fin.	3. inchangé	
	4. <u>Les crédits relatifs aux actions visées à l'article 92 paragraphe 1, points b), pour ce qui concerne la participation du CCR sur une base concurrentielle, e) et paragraphe 3 sont assimilés à des recettes provenant des prestations pour tiers prévues aux paragraphes 1 et 2 ci-dessus</u>.	Nouveau paragraphe apportant la flexibilité nécessaire à la gestion de type industriel caractérisée par une part des ressources liées aux aléas du marché.
Article 97	Article 97	
1. En matière de passation des marchés, pour le domaine relevant du présent titre, il peut être fixé par les modalités d'exécution prévues à l'article 126 des dispositions particulières relatives: — aux seuils déterminant les conditions de conclusion des marchés, — au fonctionnement et à la détermination de compétence de la commission consultative des achats et marchés. 2. Par dérogation à l'article 66 premier alinéa, il peut être procédé à des ventes de matériels scientifiques et techniques sans publication préalable, sur décision de l'ordonnateur, prise après avis de la commission consultative des achats et des marchés.	inchangé	

Bericht der Abgeordneten Karl Diller und Wilfried Seibel

I.

Die EU-Vorlage auf Rats-Dok. Nr. 8778/94 wurde dem Haushaltsausschuß in der 12. Wahlperiode am 26. September 1994 auf Drucksache 12/8537 lfd. Nr. 14 und in der 13. Wahlperiode am 8. März 1995 auf Drucksache 13/725 lfd. Nr. 82 gemäß § 93 GO-BT federführend sowie dem Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union mitberatend überwiesen. Zur Vorberatung des Gesetzentwurfs hat der Vorsitzende des Haushaltsausschusses die Vorlage an den Unterausschuß zu Fragen der Europäischen Union weitergeleitet. In seiner 29. Sitzung am 21. September 1994 hatte der Unterausschuß zu Fragen der Europäischen Union die Vorlage beraten und bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste dem Haushaltsausschuß vorgeschlagen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, die kritische Haltung der Bundesregierung zu den von der Kommission zu Artikel 95 vorgeschlagenen Änderungen zu unterstützen. Der Unterausschuß hat in seiner 4. Sitzung am 17. Mai 1995 diesen Beschluß bestätigt.

II.

Der Haushaltsausschuß hat, dem Ergebnis der Beratung seines Unterausschusses zu Fragen der Europäischen Union folgend, in seinen Sitzungen am 21. September 1994 und 17. Mai 1995 einvernehmlich empfohlen, die kritische Haltung der Bundesregierung zu den von der Kommission zu Artikel 95 vorgeschlagenen Änderungen zu unterstützen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei den Verhandlungen über den Vorschlag der Kommission zur Änderung der Haushaltsordnung auf den Verzicht einer unlimitierten Übertragungsbefugnis bei den Zahlungsermächtigungen hinzuwirken und die Kommission aufzufordern, den sachlichen Beweis für die Notwendigkeit einer Erhöhung ihrer Übertragungsbefugnis von derzeit 15 v. H. auf 22 v. H. darzulegen.

III.

Der Unterausschuß zu Fragen der Europäischen Union hat sich grundsätzlich der Haltung der Bundesregierung angeschlossen und betont, die nach der geltenden Rechtslage der Kommission offenstehende Möglichkeit, durch Mittelübertragung von Kapitel zu Kapitel autonom die Verpflichtungen und Zahlungsermächtigungen des ursprünglichen Haushaltsansatzes für jedes der in Artikel 92 Abs. 1 Buchstabe a genannten Programme um höchstens 15 v. H. zu erhöhen oder zu verringern, habe nach den bisherigen Erfahrungen nicht zu Schwierigkeiten bei der Ausführung der Forschungsprogramme geführt. Daher sei die von der Kommission angestrebte Erhöhung des Prozentsatzes von 15 v. H. auf 22 v. H. nicht nachvollziehbar. Darüber hinaus sei die von der Kommission ebenfalls vorgeschlagene Streichung der Limitierung ihrer Mittelübertragungsbefugnis bei den Zahlungsermächtigungen schon im Hinblick auf eine Präjudizwirkung hinsichtlich der übrigen Haushaltsbereiche nicht akzeptabel.

Es müsse daher das Ziel der Bundesregierung sein, bei den weiteren Verhandlungen über den Kommissionsvorschlag darauf hinzuwirken, daß der Passus über eine unlimitierte Übertragungsbefugnis bei den Zahlungsermächtigungen gestrichen und ein sachlicher Nachweis für die Notwendigkeit einer Erhöhung des Prozentsatzes der Begrenzung der Übertragungsbefugnis bei Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen von bislang 15 v. H. auf 22 v. H. geführt wird.

IV.

Der mitberatende Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat auf eine Mitberatung verzichtet.

Bonn, den 17. Mai 1995

Karl Diller **Wilfried Seibel**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333